

## Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

ZU:

**Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Einsetzung eines Sonderausschusses Strukturentwicklung in der Lausitz - Drucksache 7/1819 (Neudruck) vom 18.08.2020**

Der Landtag möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. In der Nummer 2:

a) wird folgender 2. Satz angefügt:

„Er soll dabei auch Ansätze entwickeln, wie die Lausitzerinnen und Lausitzer und ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen stärker in den Prozess der Strukturentwicklung einbezogen und wie insbesondere ihre Ideen und konkreten Vorschläge zum Nutzen der gesamten Region Realität werden können.“

b) der 2. Satz wird der 3. Satz und wie folgt neu gefasst:

„Auf diese Weise soll der Sonderausschuss den Prozess der Strukturentwicklung begleiten und zugleich dessen Transparenz erhöhen.“

2. Nummer 3 wird wie folgt geändert:

„3. Der Sonderausschuss soll eng mit den zuständigen Gremien des Sächsischen Landtages zusammenarbeiten. Die Lausitz muss als länderübergreifende Region in einer durch das Land beförderten guten Kooperation aller Lausitzer Kommunen als Marke „Lausitz“ gemeinsam entwickelt werden. Nur dann können die großen Herausforderungen der Energiewende, der Wärme- und Verkehrswende, der Digitalisierung und der demografischen Entwicklung in der Lausitz gemeistert und die Lausitz als eine zukunftsfähige Region und Heimat der heute dort Lebenden entwickeln.“

3. Die bisherige Nummer 3 wird die Nummer 4.

4. Die bisherige Nummer 4 wird die Nummer 5.

5. In der neuen Nummer 5 wird im 1. Satz die Zahl „11“ durch die Zahl „15“ ersetzt.
6. Die bisherige Nummer 5 wird die Nummer 6.

#### Begründung:

1. Der Strukturwandel in der Lausitz kann nur dann erfolgreich sein, wenn er für die Menschen in der Region transparent und sichtbar gestaltet wird. Voraussetzung dafür ist die Beteiligung der Menschen, die in vielfältigen Formen erfolgen muss. Dieser Beteiligungsprozess muss organisiert, koordiniert und gesteuert werden - dem Landtag als der Volksvertretung des Landes kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Beteiligungen kosten Zeit und Geld, sichern aber auf der anderen Seite, dass sich die Menschen mit der Entwicklung der Lausitz identifizieren und an diesem Prozess intensiv teilhaben wollen. Aus diesem Grund gilt es, eine aktive Mitwirkung zu ermöglichen, die gekoppelt sein muss mit einer intensiven Kommunikation über Vergangenes, Aktuelles und Zukünftiges. Diese große Herausforderung braucht neue Formen der Kooperation, der Ideenfindung und der Zusammenarbeit von Menschen, Verwaltung, Politik und Unternehmen.

2. Die Lage des Lausitzer Braunkohlereviere über zwei Bundesländer hinweg mit jeweils unterschiedlichen politisch-föderalen und staatlich-administrativen Bedingungen führt zu besonderen Herausforderungen in der kooperativen Zusammenarbeit im Rahmen des begonnenen Strukturwandelprozesses in der Energiewirtschaft, die die Länder Brandenburg und Sachsen zeitgleich bewältigen müssen.

Während sich die Landes- und Staatsregierungen sowie die kommunale Ebene bereits in verschiedenen Formaten zum Strukturwandel regelmäßig austauschen, existiert eine ständige Zusammenarbeit der Landesparlamente von Brandenburg und Sachsen, etwa im Bereich der Ausschüsse der Landtage, bisher nicht.

Inzwischen wurde im Freistaat Sachsen zur Koordination seiner beiden vom Strukturwandel betroffenen Braunkohlereviere eine landeseigene Strukturentwicklungsgesellschaft „Sächsische Agentur für Strukturentwicklung GmbH“ (SAS) gebildet, während das Land Brandenburg in Fragen der Strukturentwicklung auf die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) setzt.

Ungeachtet der noch offenen Frage der künftigen Einbeziehung der betroffenen sächsischen Kommunen in die SAS besteht die Gefahr, dass die strukturschwache, demografisch problematische Region Lausitz in eine Konkurrenzsituation entlang der Ländergrenze gerät, die verhindert, dass insbesondere nachhaltige Synergien eines abgestimmten länderüberschreitenden Strukturwandelprozesses umfassend erschlossen und genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es umso dringender, dass der Landtag Brandenburg als die für die Gesetzgebung zuständige Ebene schnellstmöglich zusätzliche institutionalisierte Koordinierungs- und Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit dem Sächsischen Landtag für eine gemeinsame, mit den kommunalen Gebietskörperschaften, u. a. über die Lausitzrunde, der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft abgestimmte regionale Entwicklung schafft.